

Wirtschaft:

Theorieansätze zu Konjunkturschwankungen:

Kondratieff & Schumpeter:

- Die Konjunktur einer Volkswirtschaft bewegt sich „wellenartig“ über die Jahrhunderte
- Alle 50-60 Jahre setzt eine neue „Kondratieffwelle“ ein

Das Neueinsetzen einer Welle zeichnet sich durch eine bahnbrechende, umwälzende Technikinnovation aus (Basisinnovation: Neue Wirtschaftskategorie, das Denken / Verhalten der Konsumenten nachhaltig verändert (Bsp: neue Medikamente) oder Folgeinnovation: Innovation innerhalb eines bereits vorhandenen Wirtschaftszweigs, die das Verhaltensmuster der Kunden nachhaltig verändert (Bsp. umweltfreundliche Automobile))

- Durch solche Innovationen sind die Unternehmen in der Lage enorme Gewinne zu erwirtschaften: Neue Technologien benötigen neue Maschinen (Investitionen), neue Maschinen benötigen qualifiziertes Personal
- Ggf. kommt es zum Wegfall eines überholten Wirtschaftszweiges, wobei simultan ein neuer entsteht

Klassischer Liberalismus (Smith, Say) / Neoliberalismus (Friedmann, Hayek):

- Jeder Einzelne gilt als Wirtschaftssubjekt und hat die Freiheit sich wirtschaftlich zu beteiligen
- Eine „unsichtbare Hand“ wacht über das Wirtschaften: Obwohl einzelne Individuen ausschließlich eigennützige Ziele verfolgen (Gewinn/Wohlstand), helfen sie damit unbewusst der Gemeinschaft. Das Sozialkriterium generiert sich automatisch aus dem Wirtschaften.
- Eingriffe des Staates sind nicht erwünscht (Laissez-faire-Prinzip: Der Staat fungiert als „Nachtwächter“: Nur grobe Rahmenbedingungen werden vom Staat überwacht; die Wirtschaft wird weitgehend sich selbst überlassen

-
- Der ökonomische Lehrsatz des sayschen Theorems („Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage selbst.“) hat volle Gültigkeit. Es herrscht ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Sollte es trotzdem zu einer Krise kommen, wird diese automatisch durch die Selbstheilungskräfte des Marktes nivelliert, sofern der Markt funktioniert.
 - Der Staat darf nun dann eingreifen, wenn es sich um die Wiederherstellung von fairen Marktbedingungen handelt: Beseitigung von Monopolen, Kartellen und Lobbyismus
 - Der Mensch ist für seine Karriere selbst verantwortlich: Er muss sich selbst vermarkten und seine Karriere organisieren, sodass er zunehmende Attraktivität für ein Unternehmen schafft in sein Arbeitsverhältnis und nicht in neue Maschinen zu investieren.

Angebotsorientierte Politik: Deregulierung (Abbau von bürokratischen Hindernissen), Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Kostensenkungen für die Unternehmen sind zentrale Aspekte der Angebotsorientierung.

Keynesianismus:

- Angebot und Nachfrage führen zu keinem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht bei dem Vollbeschäftigung herrscht
- Rezession ist auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (insbesondere die Nachfrage nach Investitionsgütern) zurückzuführen
- Auch bei niedrigen Zinsen ist die Zukunftsperspektive das entscheidende Kriterium für den Konsum der privaten Haushalte bzw. die Investitionen der Unternehmen
- Durch staatlich geförderte Stabilitätsprogramme soll der schwachen Konjunktur nachgeholfen werden (oft durch Verschuldung, deficit spending)
- Sobald sich Konjunktur erholt hat, wird der dann erwirtschaftete Überschuss vom Staat abgeschöpft, um den Haushalt wieder auszugleichen (antizyklisches Vorgehen)

Kritik: „crowding-out-Effekt“: Die staatliche Nachfrage treibt die Zinsen in die Höhe und vertreibt damit private Investoren; „time-lag“: Es ist oft nicht absehbar in wie weit und zu welchem Zeitpunkt die staatlichen Maßnahmen der Konjunktur wirklich helfen; Gewöhnungseffekt: Die Unternehmen merken, dass sie trotz eventuellen Fehlentscheidungen oder einer grundsätzlich schwachen Konjunktur nichts zu befürchten haben, da der Staat jedes Mal eingreift; übergreifende Problematik: Die im Zuge der Globalisierung zunehmenden Interdependenzen der Volkswirtschaften führen dazu, dass die konjunkturellen Hilfen der einen Nation der Konjunktur einer anderen schaden.

Nachfrageorientierte Politik: Eigennachfrage des Staates, Förderung des privaten Konsums, staatliche Ablaufpolitik

Wirtschaftspolitische Ziele (+Zielkonflikte):

- stetiges Wachstum (BIP)
- hoher Beschäftigungsgrad (Arbeitslosenquote)
- außenpolitisches Gleichgewicht (Handelsbilanz)
- Preisniveaustabilität (Inflationsrate)
- Lebenswerte Umwelt (Kompensationszahlungen, Umwelt als Produktionsfaktor)
- Soziale Gerechtigkeit (gerechte Verteilung, Gini-Koeffizient)

Zielverhältnisse:

Inkompatibilität: Das Erreichung eines Ziels stört die Verfolgung eines anderen (Wirtschaftswachstum und lebenswerte Umwelt)

Neutralität: keine Beeinflussung bei der Verfolgung mehrerer Ziele

Komplementarität: Durch Bestreben des einen Ziels profitiert ein weiteres